

DEUTSCHES

MENSCHEN & MÄRKTE, MASCHINEN, METHODEN, MATERIAL
die auflagenstarke Bauunternehmer-Zeitung

BAU BLATT

November 2008 35. Jahrgang, Nr. 340

MIT BAUGERÄTEMARKT

Klettert in Windeseile: der Opernturm

In Windeseile klettert er nach oben: der Frankfurter Opernturm, den die Ed. Züblin AG seit 2007 errichtet und der gegenüber der Alten Opern auf 43 Etagen bis 2009 entsteht. Mit seinen 170 Metern wird er die Frankfurter Skyline prägen. Damit das Baustellen-team unabhängig von Wind und Kran sicher auch in großen Höhen wind- und sichtgeschützt seine Arbeit verrichten kann, musste Peri ein eigenes Schalungskonzept entwickeln. Schließlich sind aufgrund minimaler Lager- und Montageflächen Art und Menge der zu liefernden Schalung terminlich an den Bauablauf anzupassen. Welche Schalungsvarianten im konkreten Fall verwendet wurden, erfahren Sie in einem Bericht auf [Seite 11](#)



Foto: Peri

Antriebsmotor für Aufträge und Jobs

Studie ermittelt, was die Bauwirtschaft zum Klimaschutz beitragen kann

BERLIN (SR). Zu den Profiteuren des Klimawandels zählen die Bauwirtschaft und ihre Zulieferindustrien. Dieses Fazit zog die Deutsche Bank Research in einer aktuellen Studie, welche der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) und der Bundesverband der Deutschen Zementindustrie (BDZ) angestoßen haben und im Oktober in Berlin präsentierten. Analysten der Bank legten dabei drei Szenarien mit unterschiedlich starken umweltpolitischen Eingriffen zugrunde und kamen zum Ergebnis: Zwischen 150 und 340 Milliarden Euro schätzt die Bank das Volumen zusätzlicher Baumaßnahmen, die bis zum Jahr 2030 auf uns zukommen, um CO₂-Emissionen bei Gebäuden zu reduzieren. Das wären rund 50 Prozent mehr als die gesamten Bauinvestitionen im Jahr 2007 betragen. Hierin eingeschlossen sind die Bewältigung reiner Klimaauswirkungen, wie etwa Sturm- oder Hochwasserschäden sowie Förderprogramme, wie das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und Regelungen, wie die Energieeinsparverordnung.

Denn zusätzliche Marktchancen mit erheblichem Potenzial für Wachstum und Beschäftigung bieten nicht allein die Herausforderungen des Klimawandels für Bauwirtschaft und Baustoffindustrie in den nächsten Jahren. Hinzu kommt, dass verstärkt auftretende Wetterextreme in Zukunft zu mehr Bauschäden führen dürften. Auch die damit verbundenen Aufräum- und Reparaturarbeiten sowie präventive Maßnahmen im Bereich Hochwasser- und Küstenschutz, wie das Erhöhen und Sanieren von Deichen oder der Bau von Rückhalte- oder

Auffangbecken würden für volle Auftragsbücher sorgen. Ferner sind in den kommenden Jahrzehnten der Studie zufolge umfangreiche Investitionen in den deutschen Kraftwerkspark erforderlich, der erneuert werden muss. Man geht von einer Größenordnung von bis zu 80 Milliarden Euro aus. Dr. Josef Auer, Energieexperte bei DB Research kommt zu dem Schluss: „Die Erneuerung des Kraftwerksparks dürfte auch für eine weitere Stärkung erneuerbarer Energien genutzt werden.“

[Fortsetzung auf Seite 2](#)

Brüssel schaufelt Grab für Baustoffindustrie

Ein Kommentar von Sonja Reimann

Ihre Überlebenschancen stehen schlecht. Sollte sich die EU-Kommission letzten Endes nicht von ihren Plänen abbringen lassen, dann werden wohl viele Betriebe der deutschen Baustoffindustrie dicht machen müssen. Denn noch beharrt sie auf der kompletten Versteigerung aller CO₂-Zertifikate und damit auf einer Verschärfung des bisherigen Emissionshandels, mit dem der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase reduziert werden soll.

Bislang muss jedes Unternehmen in der Höhe seines CO₂-Ausstoßes eine Anzahl an Emissionsberechtigungen (Zertifikaten) besitzen beziehungsweise erhält eine bestimmte Menge an Gratiszuteilungen. Hat ein Unternehmen zu wenig Zertifikate, muss es welche nachkaufen. Investiert es in CO₂-ärmere Technologien, kann es überschüssige Zertifikate verkaufen. Ab 2020 soll sich die Industrie laut EU darauf einstellen, dass alle Zertifikate versteigert werden. Gratiszuteilungen werden dann zur Ausnahme. Davor wurden Zertifikate energieintensiven Branchen kostenfrei zugeteilt. Doch die auf dem Markt

handelbaren Rechte sollen Jahr für Jahr zurückgefahren werden.

Damit schaufelt die Politik aus Brüssel das Grab für eine ganze Branche. Ihr droht nicht nur ein Investitionsstau hierzulande, sondern ein Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit, weil Investitionen in Drittländer ohne vergleichbare Vorschriften verlagert werden. „Wenn die Produktionskosten in Deutschland einschließlich des Erwerbs von CO₂-Zertifikaten auf Dauer signifikant höher sind als die Kosten an Standorten, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, steht ein Großteil unserer Industrie in Deutschland vor dem Aus“, mutmaßt Gerhard Hirth, Vorsitzender des Vereins Deutscher Zementwerke. Deutsche Betriebe würden zweifelsfrei gegenüber Produktionsunternehmen aus Nicht-EU-Ländern den Kürzeren ziehen. Allein der Vorschlag der EU würde sie rund sieben Milliarden Euro jährlich kosten. Besiegelt wäre das Ende vieler Unternehmen, insbesondere der Zementbranche, die bereits auf Basis einer Selbstverpflichtung zur Senkung der spezifischen energiebedingten CO₂-Emissionen schon in Vorleistung gegangen sind.

Hilfe zur Verstärkung geholt, haben sich daher der Verein Deutscher Zementwerke und der Bundesverband der Deutschen Zementindustrie bei McKinsey. Die Unternehmensberater sprangen den Branchenverbänden zur Seite und ermittelten in einer Studie, dass die Hälfte der Zementklinkerproduktion in Deutschland durch Importe aus Nicht-EU-Ländern ersetzt werden würde – in Summe wären es zwölf Millionen Tonnen Zementklinker. Letztlich würden fast zehn Millionen Tonnen CO₂-Emissionen in Regionen außerhalb der EU verlagert. Hinzu kämen knapp eine Million Tonnen zusätzlicher Emissionen, zum Beispiel aufgrund der notwendigen Transporte aus Ländern mit freien Kapazitäten. Unter dem Strich betrachtet, führt eine Versteigerung zu deutlich höherem CO₂-Ausstoß und damit genau zum Gegenteil von dem, was eigentlich erreicht werden sollte: das schädliche Kohlendioxid zu verringern.

Welche Folgen die komplette Versteigerung der CO₂-Zertifikate für Produktionsbetriebe hierzulande hätte, scheint die EU-Kommission zu ignorieren. Dabei steht eine Alternative längst fest: Durch eine Zuteilung auf Basis von CO₂-Ober-

grenzen (Benchmarks) würde der Emissionshandel nicht etwa geschwächt, denn mit den Benchmarks würden anspruchsvolle Standards für möglichst niedrige Emissionen festgelegt, argumentiert zum Beispiel der Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden. Im Übrigen ist das Klimaziel europaweit durch die Gesamtanzahl der verfügbaren Zertifikate festgelegt, unabhängig davon, ob diese versteigert werden oder nicht. Denkbar wäre auch, energieintensive Branchen, wie die Zementindustrie von der kompletten Versteigerung von CO₂-Zertifikaten zu verschonen. Praktikable Vorschläge, die das Überleben der Branche sichern könnten, hat auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag gemacht: Von einer Versteigerung betroffene Unternehmen sollten steuerlich entlastet werden. Außerdem sollten an sie die Einnahmen aus dem Emissionshandel fließen. Und grundsätzlich wäre es höchste Eisenbahn, den Emissionshandel zu vereinfachen, zu entschlacken und wirtschaftsverträglicher zu gestalten. Das sollte die EU bedenken, bevor sie eine endgültige Entscheidung mit gravierenden Folgen für die Baustoffbranche und nachgelagerte Produktionsbetriebe trifft.

Themen:

Wann Mediation sinnvoll eingesetzt werden kann

Nicht immer führen Bauprozesse zu einem befriedigenden Ergebnis. Denn oftmals sind sie viel zu teuer oder ziehen sich zu lange hin. Zwangsläufig müssen jedoch nicht alle Streitigkeiten vor dem Kadi landen. Als Alternative bietet sich Mediation an, um Konflikte schneller und außerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu lösen. Bei welchen Fällen Mediation eingesetzt werden kann, erklärt Rechtsanwältin Bernd Knipp auf [Seite 3](#)

Wie sich ein Kölner Stadtteil entwickelt

Ihren Traum vom Eigenheim realisieren können 3 500 Menschen im Kölner Stadtteil Widdersdorf. Dort sind 1 300 Wohneinheiten geplant. Amand wird die komplette Infrastruktur schaffen und das Gelände erschließen. Das familiengeführte Bauunternehmen entwickelte dazu auch das städtebauliche Konzept, das unter der Dachmarke Prima Colonia zusammengefasst ist. Was das bislang bundesweit größte privat initiierte Neubaugebiet im Detail auszeichnet, erfahren Sie auf [Seite 16](#)

Gefahren für die Umwelt werden gebannt

Bayerns derzeit größte Deponie- und Altlastensanierung liegt in der Opferpfalz: der Schlackenberg der ehemaligen Maxhütte. Auf einer Gesamtfläche von rund 31,5 Hektar türmen sich Hüttensande und -schutt, Hochofen- und Stahlwerksschlacken. Weil sie eine Gefahr für die Umwelt darstellen, werden die giftigen Stoffe sicher eingeschlossen. Seit Mai 2007 ist das Bauunternehmen Max Bögl dabei, 420 000 Kubikmeter des Haldenkörpers abzutragen. Welche Maßnahmen sonst noch anstehen, darüber informiert ein Beitrag auf [Seite 20](#)

Was über den Erfolg eines Bauprojektes entscheidet

Der Stellenwert, den das Projektmanagement heute inzwischen eingenommen hat, ist längst nicht mehr von der Hand zu weisen. Trotzdem mangelt es vielen verantwortlichen Personen an Zeit, um Informationen soweit zu erfassen, so dass im Nachhinein eine lückenlose Dokumentation des Bauprojektes vorliegt. Warum dieser Umstand nach Meinung des Sachverständigen für Bauablaufstörungen, Michael C. Eichner, über den Erfolg und Misserfolg eines Bauprojektes entscheidet, ist nachzulesen in einem Beitrag auf [Seite 25](#)

NUTZFAHRZEUGE	17
BAUSCHÄDEN	18
SANIERUNG	20-21
NACHHALTIGES BAUEN	22-23
BRÜCKENBAU	24
IMPRESSUM	28